



GESCHLECHTERGERECHT DURCH DIE CORONAKRISE

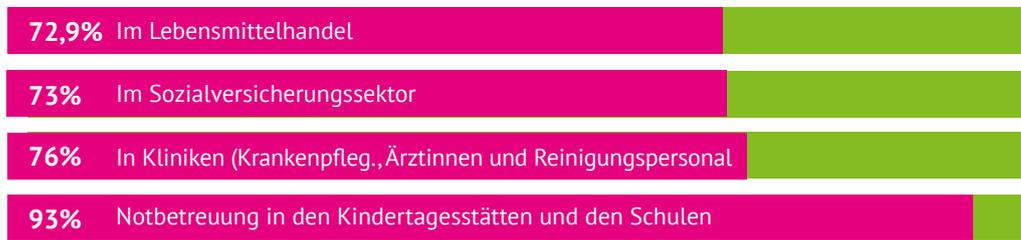
In der Coronakrise wird deutlich:
Die von Frauen geleistete Arbeit hält unsere
Gesellschaft zusammen!

(Autorinnenpapier: Jeanne Dillschneider, Petra Port, Marita Mayers, Tina Schöpfer)

Laut der Bundesagentur für Arbeit sind 72,9 Prozent der Arbeitskräfte im Lebensmittelhandel Frauen. Sie stellen 73 Prozent der Beschäftigten im Sozialversicherungssektor. In den Kliniken sind 76 Prozent der Beschäftigten Frauen: Krankenpflegerinnen, Ärztinnen und Reinigungspersonal. In der Notbetreuung in den Kindertagesstätten und den Schulen sind derzeit rund 93 Prozent der Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen Frauen.

Es sind die in der Krise systemrelevanten Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Diese Tätigkeiten am und mit Menschen sind sehr viel schlechter bezahlt als die industriellen Berufe, als die Tätigkeiten mit Apparaten und Maschinen.

Anteil der Frauen (in Prozent) in systemrelevanten Berufen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Hinzu kommt, dass derzeit das Arbeiten mit direkten und engen Kontakten mit Menschen eine hohe Ansteckungsgefahr mit sich bringt. So zum Beispiel für die Verkäufer*innen, die Kassierer*innen, die Putzkräfte, die Erzieher*innen und die Pfleger*innen in den Kliniken, Alten- und Pflegeheimen, die Betreuer*innen in den Jugendhilfe- und Behinderteneinrichtungen, die ständig mit gegebenenfalls infizierten Menschen im persönlichen Kontakt stehen. Frauen sind aktuell gesundheitlich besonders gefährdet. Es sind die Frauen, die in der Pandemie alles am Laufen halten.

Frauen halten jedoch nicht nur in der Öffentlichkeit den Laden am Laufen, sondern meist auch im eigenen Zuhause: da Schulen und Kitas geschlossen sind, müssen Kinder zuhause rund um die Uhr betreut und auch beschult werden. Eine Pandemie fordert darüberhinaus auch mehr Sorgearbeit für Kranke, Alte und behinderte Menschen: auch hier sind es die Frauen, die den großen Teil der zusätzlichen Ehrenamtsarbeit und Nachbarschaftshilfe übernehmen. Die Fürsorge für Menschen ist hauptsächlich Frauensache.

Jedoch wird weiblich konnotierte Arbeit weniger wertgeschätzt, was sich in der geringeren Bezahlung bemerkbar macht. Einen großen Teil der Fürsorgearbeit erbringen Frauen sowieso ehrenamtlich und unentgeltlich. Zu befürchten ist, dass aktuell die Frauen mit einer noch stärkeren Mehrfachbelastung zu kämpfen haben: sie gehen ihrer Erwerbsarbeit nach und übernehmen die Quarantäne-Versorgung daheim.

Wie in anderen Bundesländern wurde im Saarland seit der Corona-Krise ein Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt vermerkt. In Deutschland wird jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalttaten durch den Partner oder Ex-Partner. Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser befürchten, dass durch die häusliche Isolation die Beziehungsgewalt ansteigen wird. In China war dies nachweislich zu beobachten. Zur Gewalt neigende Männer werden ihren Frust und ihre Ohnmacht an ihren Partnerinnen und ihren Kindern auslassen. In der Quarantäne steigt der Alkoholkonsum, der Stress und die Verzweiflung über die wirtschaftliche und finanzielle Not. Das sind Trigger für Gewalt. Studien zufolge ist die Partnerschaftsgewalt nach Krisen wie dem Hurricane „Katrina“ in den USA um 53 Prozent angestiegen.

Geschlechterdiskriminierende Strukturen werden durch die Krise als Katalysator enorm verstärkt. Deshalb ist alles, was wir Grünen seit Jahren fordern, in Krisenzeiten wie der Coronapandemie umso notwendiger.

10 PUNKTE FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN UND NACH DER CORONAKRISE:

1. Bessere Arbeitsbedingungen für die Care-Berufe

Das Saarland sollte die Chance nutzen, sich als derzeitiges Vorsitzland der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz auf Bundesebene für bessere Arbeitsbedingungen in den Care-Berufen einzusetzen. Dazu gehört insbesondere branchenweit eine bessere Bezahlung durch allgemein verbindliche Tarifverträge. Beschäftigte müssen außerdem eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die Einteilung ihrer Arbeitszeit erhalten, damit die Arbeit gut in ihr Leben passt. Durch höhere und verbindliche Personalschlüssel und die Entlastung von pflegefremden Tätigkeiten muss Überlastung verhindert werden.

2. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Die saarländische Landesregierung sollte sich außerdem über den Bundesrat dafür einsetzen, dass endlich das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ umgesetzt wird. Geschlechtergerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Entgelttransparenzgesetz der Bundesregierung hat keinerlei Verbesserung gebracht. Wir brauchen dringend ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen und zertifizierten Prüfverfahren. Außerdem muss das Verbandsklagerecht umgesetzt werden. Der Wert von Arbeit muss objektiv und angemessen beurteilt werden.

3. Führungsposten paritätisch besetzen

Gerade in der Bewältigung der Coronakrise rückt die öffentliche Verwaltung besonders in den Blick. Damit die Bedürfnisse von Frauen bei wichtigen Entscheidungen nicht unter den Tisch fallen, ist es wichtig, dass es in hochrangige Behörden gemischte Führungsteams gibt. Dazu braucht es endlich eine Frauenquote im öffentlichen Dienst, wie sie der 25. Bundeskongress der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bereits 2018 gefordert hat. Wir fordern die Landesregierung erneut auf, diese Quote endlich einzuführen. Als derzeitiges Vorsitzland der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz sollte die Landesregierung sich außerdem für eine 50-Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen einsetzen und Maßnahmen für Führungspositionen auf allen betrieblichen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, etablieren.

4. Rechtsanspruch auf Kinder-Notbetreuung für Alleinerziehende

Von den 1,55 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland mit minderjährigen Kindern sind 90 Prozent Frauen. Wir fordern in der aktuellen Situation einen Rechtsanspruch auf Kinder-Notbetreuung für berufstätige Alleinerziehende im Saarland.

5. „Flexible Vollzeit“ einführen

Die saarländische Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die „flexible Vollzeit“ einzusetzen. Damit soll es möglich werden, dass Beschäftigte für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können. Dazu muss endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit kommen.

6. Gleichstellungsorientierte Maßnahmenabschätzung

Bei allen Maßnahmen, die von der Landes- und Bundesregierung ergriffen werden, um die Coronapandemie einzudämmen, muss geprüft werden, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken. Etwaigen Benachteiligungen muss wirkungsvoll gegengesteuert werden. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Einholung von Expert*innenrat die Sichtweise von Frauen und Männern gleichberechtigt berücksichtigt wird.

7. Frauenhäuser ausbauen und finanziell absichern

Wir brauchen mehr Schutzräume für Frauen während der Krise. Dazu müssen die Plätze in den Frauenhäusern erhöht werden. Das Saarland sollte sich als Vorsitzland der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz für eine sichere Finanzierung der Frauenhäuser unter Beteiligung des Bundes einsetzen. Damit ad hoc keine Schutzlücke durch die Corona-Krise entsteht, sollte auf leerstehende Ferienwohnungen oder Hotels als Notunterkünfte zurückgegriffen werden, wenn keine andere staatliche Unterbringung möglich ist. Eine eigene Hotline mit nachgehender Beratung und Betreuung für Frauen in Not muss während der Coronakrise rund um die Uhr bereitgestellt werden. Hilfsangebote für Opfer von häuslicher Gewalt müssen noch besser kommuniziert werden. Die Nummer der insgesamt drei saarländischen Frauenhäuser in Neunkirchen, Saarbrücken und Saarlouis und sonstiger Hilfsangebote müssen breit gestreut werden. Sie sollten in Supermärkten, Apotheken und Infoflyern der jeweiligen Stadt sowie des Landes angegeben werden, um im Notfall Hilfe rufen zu können. Außerdem sollten die Notrufnummern in Zeitungen und öffentlichen Mitteilungsblättern veröffentlicht werden, ggf. als Anzeige.

8. Fortschreibung Aktionsplan gegen häusliche Gewalt

Als Reaktion auf die Zunahme von häuslicher Gewalt muss der Aktionsplan gegen häusliche Gewalt fortgeschrieben werden. Das Hilfesystem muss optimiert werden, so dass eine Versorgung mit Frauen- und Kinderschutzhäusern sichergestellt ist. Auch psychosozialen Unterstützungsangebote für Betroffene müssen gestärkt werden. Darüber hinaus fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz und die konsequente Anwendung von polizeilichen Maßnahmen wie die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot.

9. Schwangerschaftskonfliktberatung offen halten

Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen müssen, müssen die hierfür erforderliche Beratung und die benötigten Unterlagen während der Coronakrise digital und unbürokratisch bereitgestellt werden. Die Schwangerschaftskonfliktberatung soll unter Einhaltung der Hygienevorschriften und des Sicherheitsabstandes auch persönlich weiterhin vor Ort möglich sein.

10. Masterplan Geschlechtergerechtigkeit erarbeiten

Langfristig sind es vor allem die Frauen, die finanziell unter einer Pandemie leiden. Dies belegt eine Studie, die die wirtschaftliche Entwicklung im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit nach Ebola, Zika, Sars, Schweine- und Vogelgrippe untersucht hat: Männer finden nach einer Krise viel schneller zu ihrem eigentlichen Einkommen zurück als Frauen. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, Minijobs, in befristeten Anstellungen und verlieren in wirtschaftlich schwierigen Phasen auch schneller ihre Beschäftigungen. Wir fordern die Landesregierung auf, einen Masterplan für Geschlechtergerechtigkeit auszuarbeiten, mit dem Ziel, die berufliche und wirtschaftliche Situation von Frauen nach der Coronakrise zu verbessern und um geschlechterbedingte Nachteile zu verhindern.